

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP) vom 19. August 2004: Schaffung eines Labels zur Anerkennung von Arbeitgebenden mit gesellschaftlich verantwortungsvoller Personalpolitik (04.000466)

In der Stadtratssitzung vom 8. September 2005 wurde das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP) erheblich erklärt:

Auf dem Personalmarkt haben vermehrt nur noch Personen eine Chance, die gut ausgebildet sind und über Praxis verfügen, eine „gradlinige“ Berufslaufbahn vorweisen können, noch nicht zu alt und voll leistungsfähig sind. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit wird in unserer Stadt nachgerade zum brennenden Problem.

Wenn in einer Gesellschaft nur noch 30-50 Jährige, Topgesunde und beruflich Makellose Stellen finden, hinterlässt das tiefe Spuren. So wird der Graben zwischen Ausbildung und Praxis immer breiter und es gibt immer mehr Menschen mit beruflicher Perspektivenlosigkeit – verbunden mit Verlust von Lebensqualität. Das kann je nach Persönlichkeit Suchtverhalten und Depression auslösen oder die Gewaltbereitschaft erhöhen. Die neusten Statistiken (Jugendarbeitslosigkeit, Zunahme IV-Renten und Fürsorgeabhängigkeit, Steigerung Krankenkassen-Prämien, individuelle Verschuldung, mehr Gewalt usw.) sprechen für sich.

Schlussendlich schadet diese Entwicklung nachhaltig der Volkswirtschaft. Die meisten der Arbeitslosen, Ausgesteuerten und Frührenten-Beziehenden verfügen nämlich durchaus über Ressourcen, Fähigkeiten und Kräfte. Diese können sie der Wirtschaft aber nicht zur Verfügung stellen – stattdessen müssen sie (meist gegen ihren Willen) von Versicherungs- und Staatsgeldern leben.

Glücklicherweise gibt es immer noch und immer wieder Arbeitgebende (Private oder Öffentliche), die bewusst eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Personalpolitik betreiben. Leider wird das aber zuwenig sichtbar. Mit einem Qualitätslabel kann hier Transparenz geschaffen und deren Image aufgewertet werden. Dank offensiver PR- und Medienarbeit (z.B. jährliches Event der Label-Vergabe, Ernennung „Arbeitgeber des Jahres“) werden neue Arbeitgebende motiviert, dieses Label ebenfalls anzustreben.

Als Kriterien für die Erlangung stehen folgende Punkte im Vordergrund:

- Angebot an Lehrstellen und Ausbildungsplätzen
- Angebot von Praktikums-Plätzen für Berufseinsteigende
- Neuanstellung von Personen über 50
- Engagement auf dem „ergänzenden“ oder „sekundären“ Arbeitsmarkt (Einsätze für Langzeit-Arbeitslose, Teillohn mit Zuschuss, Rentenbeziehende IV mit Zusatzverdienst usw.).

Natürlich kann nicht erwartet werden, dass Kleinbetriebe jedes dieser Kriterien erfüllen. Die genauen Bedingungen zur Erlangung des Labels sollen von einer Projektgruppe ausgearbeitet werden, die sich aus folgenden Vertretungen zusammensetzt:

- Arbeitgeber (z.B. KMU oder HIV)
- Gewerkschaften
- Wirtschaftsamt
- Direktion für Soziale Sicherheit Stadt Bern.

Möglich ist auch die Entwicklung eines Zusatzmoduls zu einem bereits bestehenden Label.

Wir bitten den Gemeinderat, ein Projekt zur Schaffung eines städtischen oder regionalen Labels zur Anerkennung von Arbeitgebenden mit gesellschaftlich verantwortungsvoller Personalpolitik zu prüfen.

Bern, 19. August 2004

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP), Andreas Zysset, Sabine Schärker, Margrith Beyeler-Graf, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Guglielmo Grossi, Christian Michel, Thomas Göttin, Michael Aebersold, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Walter Christen, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Ruedi Keller, Peter Blaser

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat die Schaffung eines Labels zur Anerkennung von Arbeitgebenden mit einer gesellschaftlich verantwortungsvollen Personalpolitik geprüft und die regionalen Arbeitgebenden- und Arbeitnehmendenverbände konsultiert.

Dabei wurden folgende Argumente für und gegen die Schaffung eines Labels erwogen und mit den Sozialpartnern diskutiert. Es wurden folgende Argumente für die Schaffung eines Labels genannt:

- Das Label könnte einen Gegenpol zu laufenden Entwicklungen wie Lohndumping, Änderungskündigungen, Abbau von Sozialleistungen, Entlassung von Personen mit verringerter Leistungsfähigkeit usw., darstellen.
- Das Label könnte für Unternehmungen Anstoss sein, ihre Personalpolitik zu überprüfen.
- Das Label könnte mit einem Imagegewinn, nicht nur für Unternehmungen, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Bern verbunden sein.

Gegen ein Label wurden folgende Argumente eingebracht:

- Die Vergabe des Labels wäre mit einem nicht unerheblichen personellen und finanziellen Aufwand verbunden.
- Es bestünde die Gefahr, dass sich gerade Unternehmungen mit einer weniger verantwortungsvollen Personalpolitik zwecks Imagegewinns um das Label bemühen würden.
- Die Firmen müssten wiederholt überprüft werden, um sicherzustellen, dass die Beurteilungskriterien auch dauerhaft eingehalten würden.
- Da der Perimeter zur Vergabe des Labels auf die Stadt Bern - allenfalls Region - beschränkt wäre, ist kaum zu erwarten, dass eine Breitenwirkung erzielt werden könnte.
- Verschiedene Organisationen vergeben bereits Labels oder Auszeichnungen für Unternehmungen.

Leider gibt es immer wieder Unternehmungen, die eine wenig verantwortungsvolle Personalpolitik betreiben. Der Gemeinderat stellt aber auch fest, dass die Mehrheit der Unternehmungen ihre Verantwortung für ihr Personal seriös wahrnehmen, auch ältere oder weniger leistungsfähige Personen beschäftigt, Lehrstellen anbietet und sich in konjunkturell weniger guten Zeiten bemüht, die Mitarbeitenden weiter zu beschäftigen. Er dankt allen Unternehmungen, die sich sozial- und personalpolitisch verantwortungsbewusst verhalten. Der Gemeinderat ist froh für diese guten Beispiele. Es ist gesellschaftspolitisch sehr wichtig, dass die Unternehmungen auch ihre sozialpolitische Verantwortung wahrnehmen.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die „schwarzen Schafe“ auch mit einem Label kaum zu einer Änderung ihrer Politik bewegt werden können. Zudem ist der finanzielle und personelle Aufwand, der mit der Schaffung, Ausschreibung und Vergabe des Labels, sowie der notwendigen Überprüfung der Unternehmungen verbunden wäre, nicht zu unterschätzen. Der Ge-

meinderat kommt deshalb nach Abwägen der Argumente zum Schluss, auf die Schaffung eines Labels zu verzichten, weil der damit verbundene Aufwand im Verhältnis zum Nutzen zu gross ist.

Bern, 3. Mai 2006

Der Gemeinderat